

# **Vorlesung Vertragsrecht**

## **9. Einheit vom 13. Dezember 2023**

---



**Prof. Dr. Janine Wendt**

**Fachgebiet Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht**

**Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften**

**Technische Universität Darmstadt**

**Web: <http://www.unternehmensrecht.wi.tu-darmstadt.de>**

1. Einheit: Einführung und Literatur
- 2 und 3. Einheit: Der Begriff des Rechtsgeschäfts
4. und 5. Einheit: Das Zustandekommen von Verträgen
7. Einheit: Das Schuldverhältnis
8. Einheit: Dritte in Schuldverhältnissen
- 9. Einheit: Unwirksame und mangelhafte Willenserklärungen**

- **Unwirksame und mangelhafte Willenserklärungen**
  - **Unwirksamkeit und Anfechtbarkeit**
    - Nichtigkeit
    - Schwebende Unwirksamkeit
    - Anfechtbare Rechtsgeschäfte
    - Vertretungsmacht
  - **Rechtsfähigkeit**
  - **Geschäftsfähigkeit**



- Der **Begriff der Unwirksamkeit** bezeichnet nach dem allgemeinen Sprachgebrauch das Fehlen von Wirkungen.
- Im Rechtssinn **kann aber ein unwirksames Rechtsgeschäft durchaus Rechtswirkungen entfalten**, zB zum Ersatz des Schadens verpflichten, den jemand erleidet, weil er auf die Wirksamkeit vertraut hat (vgl. § 122 I); **nur treten nicht die Wirkungen ein, auf die das (unwirksame) Rechtsgeschäft gerichtet ist.**
- Es gibt im Zivilrecht **verschiedene Arten der Unwirksamkeit.**

# Unwirksamkeit und Anfechtbarkeit - Nichtigkeit

Musielak/Hau, Grundkurs BGB, 111 f.



TECHNISCHE  
UNIVERSITÄT  
DARMSTADT

- Der stärkste Grad ist die **Nichtigkeit**, die sich unabhängig vom Willen der Beteiligten ergibt und grundsätzlich **gegen jeden wirkt**.
- Die Gründe, die zur Nichtigkeit führen, sind im Gesetz geregelt; sie beruhen auf unterschiedlichen Erwägungen:
  - So ist die Nichtigkeit eines **gesetzes- oder sittenwidrigen Geschäfts** ( § 134, § 138) Folge seines **Inhalts**.
  - Die Nichtigkeit der Willenserklärung eines **Geschäftsunfähigen** wird zu seinem Schutz angeordnet, weil ihm die **Einsichtsfähigkeit** in die Bedeutung des Rechtsgeschäfts fehlt ( § 105 I).



- Bisweilen sind **nur Teile eines Rechtsgeschäfts nichtig**, zB, wenn in einem umfangreichen Vertrag nur eine einzelne Regelung gegen ein gesetzliches Verbot verstößt.
- Es stellt sich die Frage, ob dies die **Nichtigkeit des gesamten Rechtsgeschäfts** bewirkt, wenn der Rest als selbstständiges Rechtsgeschäft Bestand haben könnte.
- Für die Lösung ist der **Parteiwille entscheidend**. Haben die Parteien für den Fall der Teilnichtigkeit keine Regelung getroffen, greift die Auslegungsregel des § 139:



- Es ist von der Nichtigkeit des ganzen Rechtsgeschäfts auszugehen, **„wenn nicht anzunehmen ist, dass es auch ohne den nichtigen Teil vorgenommen sein würde“**.
- Es ist zu fragen, **was die Beteiligten** für den Fall der Teilnichtigkeit **vereinbart hätten**, wenn sie diese Möglichkeit bedacht hätten.
- Fehlen Anhaltspunkte für eine andere Entscheidung, ist anzunehmen, dass die Parteien das **objektiv Vernünftige** gewollt hätten.



- Ein nichtiges Rechtsgeschäft kann den Anforderungen eines anderen - gültigen - Rechtsgeschäfts genügen.
- Es fragt sich dann, ob der gewollte Erfolg durch **Umdeutung** (= **Konversion**) des nichtigen Rechtsgeschäfts in das andere erreicht werden kann (vgl. § 140).





- *Andreas ist als Filialleiter im Unternehmen der Uli angestellt. Vertraglich ist vereinbart, dass das Arbeitsverhältnis jeweils nur zum Ende eines Jahres mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt werden kann. Mitte Juni kommt es zwischen Uli und Andreas zu Differenzen, die dazu führen, dass Uli Andreas fristlos kündigt. Die Voraussetzungen für eine fristlose Kündigung (§ 626 I) sind zwar nicht erfüllt, wohl aber die der ordentlichen Kündigung. Die Entscheidung der Frage, ob Uli Andreas auch im nächsten Jahr noch beschäftigen muss, hängt davon ab, ob die fristlose Kündigung in eine ordentliche umgedeutet werden kann.*



- Die Umdeutung eines nichtigen Rechtsgeschäfts hängt von folgenden Voraussetzungen ab:
  1. Nichtigkeit eines Rechtsgeschäfts,
  2. Kongruenz des Ersatzgeschäfts sowie
  3. entsprechender Parteiwille.
- Zu diesen Voraussetzungen ist zu bemerken:
  1. Das **umzudeutende Rechtsgeschäft muss nichtig sein**; ein gültiges oder auch nur heilbares Rechtsgeschäft kann nicht umgedeutet werden.



**2. Kongruenz (= Deckungsgleichheit)** des nichtigen und des „anderen“ Rechtsgeschäfts bedeutet, dass das Ersatzgeschäft in seinen rechtlichen Wirkungen nicht weiter reichen darf als das nichtige. Dementsprechend kann zwar eine Anfechtung in eine Kündigung, nicht aber eine Kündigung in eine Anfechtung umgedeutet werden, weil die Anfechtung - anders als die Kündigung - nicht nur für die Zukunft wirkt, sondern die Nichtigkeit des angefochtenen Rechtsgeschäfts auf den Zeitpunkt seiner Vornahme zurückbezieht.



3. Schließlich kommt es für die Umdeutung darauf an, dass sie dem **mutmaßlichen Parteiwillen** entspricht. Für die Umdeutung ist also in gleicher Weise wie bei § 139 entscheidend, was objektiv als das Vernünftigste anzusehen ist, wenn Anhaltspunkte für eine abweichende Beurteilung fehlen.



- Ergibt im Beispielsfall die Bewertung aller bedeutsamen Punkte, dass Uli zumindest die ordentliche Kündigung gewollt hätte, sofern sie die Nichtigkeit der fristlosen gekannt hätte, und ist dieser Wille auch dem Andreas erkennbar geworden, **so ist eine Umdeutung nach § 140 vorzunehmen, da eine Kongruenz zwischen fristloser und ordentlicher Kündigung (von dem zeitlichen Unterschied abgesehen) zu bejahen ist.**



- In manchen Fällen macht das Gesetz die **Wirksamkeit** eines **Rechtsgeschäfts von der Zustimmung eines anderen abhängig**. Fehlt die Zustimmung, muss dem Geschäft zwar die Wirksamkeit versagt werden, doch es würde zu weit führen, das Geschäft ohne Weiteres für nichtig zu erklären.
- Das BGB wählt daher einen Mittelweg, indem es die Wirksamkeit **so lange in der Schwebe lässt, bis der Zustimmungsberechtigte sich erklärt hat** und das Geschäft entweder genehmigt oder aber die Genehmigung ablehnt und es damit endgültig unwirksam werden lässt.

# Unwirksamkeit und Anfechtbarkeit - anfechtbar

Musielak/Hau, Grundkurs BGB, 114 f.



TECHNISCHE  
UNIVERSITÄT  
DARMSTADT

- Anfechtbare Rechtsgeschäfte sind gültig, aber vernichtbar, und zwar durch (einseitige) Erklärung des Anfechtungsberechtigten.
- Ist eine Willenserklärung durch **Irrtum, fehlerhafte Übermittlung, arglistige Täuschung oder widerrechtliche Drohung** beeinflusst worden, kann sie derjenige, der sie abgegeben hat, unter bestimmten Voraussetzungen anfechten und damit nichtig werden lassen (vgl. §§ 119, 120, 123).
- Das Gesetz überlässt es dem Anfechtungsberechtigten, ob er den Mangel geltend machen und das Rechtsgeschäft vernichten will.



- Die Anfechtung ist **durch empfangsbedürftige Willenserklärung** gegenüber dem sog. »Anfechtungsgegner" abzugeben (§ 143).
- Mit der Anfechtung wird das anfechtbare Rechtsgeschäft von Anfang an nichtig (§ 142 I); die **Anfechtung wirkt also auf den Zeitpunkt der Vornahme des Rechtsgeschäfts zurück** (ex tunc = rückwirkend).
- Von diesem Grundsatz muss im Interesse bestimmter bereits durchgeführter Rechtsverhältnisse eine Ausnahme gemacht werden (ex nunc = mit Wirkung nur für die Zukunft).





- Hierzu zählen **bereits in Vollzug gesetzte Arbeitsverträge** und **Gesellschaftsverträge**, deren in der Vergangenheit liegende Rechtswirkungen im Interesse der Beteiligten nicht mehr rückgängig gemacht werden sollen.
- Eine Anfechtung ist nach § 144 I ausgeschlossen, wenn das anfechtbare Rechtsgeschäft von dem Anfechtungsberechtigten bestätigt wird.



- Die Fähigkeit, Träger von Rechten und Pflichten zu sein (= Rechtsfähigkeit), besitzt **jeder Mensch von Geburt an** (§ 1).
- Das Kind im Mutterleib (**Nasciturus**) ist noch nicht rechtsfähig. Es gibt im BGB aber auch Regelungen zugunsten des ungeborenen Kindes: So haben nach § 814 II 2 auch Kinder, die zur Zeit einer deliktischen Schädigung „gezeugt, aber noch nicht geboren“ waren, einen Anspruch nach dieser Vorschrift. Oder: Wer zur Zeit des Erbfalls noch nicht lebte, aber bereits gezeugt war, gilt gem. § 1923 II als vor dem Erbfall geboren und damit erbfähig.



- In § 1923 II wendet der Gesetzgeber einen Kunstgriff an: Er setzt sich über die Tatsache, dass der Nasciturus noch nicht geboren ist, hinweg und behandelt diesen so, als sei er bereits geboren.
- **Die Fiktion stellt eine rechtliche Gleichbewertung verschiedener Tatbestände dar, die der Gesetzgeber in voller Kenntnis ihrer fehlenden Gleichheit vornimmt.**
- Er erreicht dadurch, dass eine gesetzliche Regelung, die nur für einen Tatbestand gilt (für alle bereits geborenen Menschen) auf einen weiteren Tatbestand (für die zur Zeit des Erbfalls bereits Gezeugten, aber noch nicht Geborenen) übertragen wird.



- Rechtsfähigkeit besitzen **nicht nur alle natürlichen Personen**, also alle Menschen, sondern auch bestimmte von der Rechtsordnung als Träger von Rechten und Pflichten anerkannte Personenvereinigungen und Zweckvermögen (= **juristische Personen**).
- Juristische Personen gibt es sowohl im Bereich des Öffentlichen Rechts als auch des Privatrechts. Juristische Personen des öffentlichen Rechts (zB Bund, Länder, Gemeinden, Universitäten, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern) können auch auf dem Gebiet des Privatrechts tätig werden und dort Rechte erwerben und Pflichten übernehmen.



- Die wichtigsten **juristischen Personen des Privatrechts** sind der eingetragene Verein, die Stiftung (§§ 80 ff) sowie die **Kapitalgesellschaften** (v.a. Aktiengesellschaft und GmbH).
- **Keine juristischen Personen**, diesen aber in unterschiedlichem Maße angenähert, sind die **Personengesellschaften** (namentlich die Gesellschaft bürgerlichen Rechts §§ 705ff. sowie die **Personenhandelsgesellschaften** des HGB).



- Geschäftsfähigkeit im Sinn der **Fähigkeit, Rechtsgeschäfte wirksam vorzunehmen**, kann nur solchen Personen zugebilligt werden, von denen anzunehmen ist, dass sie das dafür erforderliche Einsichts- und Urteilsvermögen besitzen.
- Deshalb macht das BGB die Geschäftsfähigkeit von bestimmten **Altersgrenzen** und von der **geistigen Gesundheit** des Einzelnen abhängig.
- **Keine Geschäftsfähigkeit** besitzen **Kinder**, die noch nicht das 7. Lebensjahr vollendet haben (§ 104 Nr. 1).



- Personen, die zwar das 7., aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben (§ 2), sind **in ihrer Geschäftsfähigkeit** nach Maßgabe von §§ 107-113 **beschränkt** (§ 106).
- **Voll geschäftsfähig sind Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet** und damit ihre Volljährigkeit erreicht haben (§ 2), sofern sie nicht dauerhaft geisteskrank sind (§ 104 Nr. 2).
- **Das BGB besagt nicht positiv, wer die Geschäftsfähigkeit besitzt, sondern nur, wer sie nicht besitzt** (vgl. §§ 104, 106).



- Dies bewirkt, dass so lange von der (vollen) Geschäftsfähigkeit einer Person auszugehen ist, bis die Verwirklichung eines Tatbestandes feststeht, aus dem sich etwas anderes ergibt.
- Willenserklärungen von **Geschäftsunfähigen** sind **nichtig** (§ 105 I). Einem Geschäftsunfähigen gegenüber können auch keine (empfangsbedürftigen) Willenserklärungen wirksam abgegeben werden (§ 131 1). Der Geschäftsunfähige kann also grundsätzlich nicht am Rechtsverkehr teilnehmen; für ihn muss sein gesetzlicher Vertreter handeln.





- Gesetzliche Vertreter eines Kindes sind seine **Eltern** (§ 1629 I).
- Ist eine **Willenserklärung gegenüber dem Kind** abzugeben, genügt die Abgabe **gegenüber einem Elternteil**. Ist für einen **Minderjährigen** die Vormundschaft angeordnet (§ 1773), ist der **Vormund** sein gesetzlicher Vertreter.
- Gesetzlicher Vertreter ist auch der **Betreuer eines Volljährigen**. Er wird vom Betreuungsgericht bestellt, wenn ein Volljähriger aufgrund einer Krankheit seine Angelegenheiten ganz oder teilweise rechtlich nicht besorgen kann (§ 1814 I).



- Grundsätzlich bleibt ein **Betreuer voll geschäftsfähig**, sofern er nicht geisteskrank und deshalb geschäftsunfähig (§ 104 Nr. 2) ist.
- Allerdings kann im Interesse des Betreuten vom Betreuungsgericht angeordnet werden, dass zu einer Willenserklärung, die **einen bestimmten Kreis von Rechtsgeschäften** betrifft, der **Einwilligung seines Betreuers** bedarf, soweit dies zur Abwendung einer erheblichen Gefahr für die Person oder das Vermögen des Betreuten erforderlich ist (§ 1825 I 1) → **Einwilligungsvorbehalt**.
- Der Betreuer vertritt in dem Aufgabenkreis, für den er bestellt worden ist, gerichtlich und außergerichtlich (§ 1823).



- **Unerheblich** für die Rechtsfolge der Nichtigkeit einer vom Geschäftsunfähigen abgegebenen Willenserklärung **ist, ob der Erklärungsgegner die Geschäftsunfähigkeit kennt oder erkennen konnte.**
- Der **gute Glaube wird nicht geschützt.** Zugunsten der Geschäftsunfähigen wird also der **Schutz des Rechtsverkehrs eingeschränkt:**



- *Der geisteskranke Alvin begibt sich zum Autovermieter Hertz und mietet dort unter Vorlage seines Führerscheins einen Wagen.*
- Weil gem. §§ 104 Nr. 2, 105 I **kein Vertrag zustande gekommen** ist, hat Hertz **keinen vertraglichen Anspruch auf Zahlung der Miete.**
- Das gilt auch dann, wenn ihm die Geisteskrankheit des Alvin bei der Überlassung des Fahrzeuges nicht erkennbar gewesen ist.
- In Betracht kommen allenfalls eine bereicherungsrechtliche Pflicht gem. § 812 I 1 Var. 1, § 818 II, III zum Wertersatz.



- Die sich aus § 104 Nr. 2 ergebende Geschäftsunfähigkeit ist auf Fälle beschränkt, in denen die **krankhafte Störung** der Geistestätigkeit **nicht nur** einen **vorübergehenden** Zustand bildet.
- Allerdings schließt auch ein solcher Dauerzustand nicht aus, dass zwischendurch Phasen geistiger Gesundheit eintreten: Wird eine Willenserklärung einem **lichten Augenblick** abgegeben, **ist sie wirksam**, es sei denn, dass für den Erklärenden ein Einwilligungsvorbehalt gilt, der dieses Rechtsgeschäft erfasst.



- Eine nur vorübersehende Geistesstörung führt nicht zur Geschäftsunfähigkeit, jedoch ist eine in diesem Zustand abgegebene Willenserklärung nach § 105 II nichtig.
- Diese Vorschrift trifft vor allem auf Fälle des Alkohol- und/oder Drogenkonsums zu:
- *Philipp setzt sich unter Kokaineinfluss in eine Versteigerung und bietet durch Handaufheben mit. Ihm wird ein Bild für 45.000 EUR zugeschlagen.*



- Muss er zahlen? Ein Anspruch nach § 433 II auf Zahlung des Kaufpreises besteht gegen ihn nur, wenn er sich durch einen gültigen Kaufvertrag zu dieser Zahlung verpflichtet hat. Ein Vertrag wäre zustande gekommen, wenn das Gebot des Philipp als wirksame Offerte zu werten wäre.
- Drogenkonsum führt dann zu einer vorübergehenden Störung der Geistestätigkeit und damit zur Nichtigkeit der in diesem Zustand abgegebenen Willenserklärungen nach § 105 II, wenn ein Maß erreicht wird, das die freie Willensbestimmung ausschließt.



- Meist wird die **krankhafte Störung der Geistestätigkeit** die freie Willensbestimmung **auf allen Gebieten** aufheben; nur selten kann sie auf bestimmte Angelegenheiten beschränkt sein und ausschließlich dort wirksame Willenserklärungen ausschließen.
- Eine Besonderheit gilt für **Geschäfte des täglichen Lebens**, die ein **volljähriger Geschäftsunfähiger** schließt: Nach § 105a gilt ein im Rahmen eines solchen Geschäfts geschlossener Vertrag als wirksam, soweit beide Leistungen bewirkt sind und das Geschäft **keine erhebliche Gefahr** für die **Person** und das **Vermögen** des Geschäftsunfähigen bedeutet.





- Beschränkte Geschäftsfähigkeit bedeutet, dass Minderjährige, die das 7. Lebensjahr vollendet haben, gem. § 107 nur solche Geschäfte wirksam tätigen können, durch die sie **lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangen**, während rechtlich nachteilige Geschäfte der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters bedürfen (vgl. §§ 107, 108 1).
- Es kommt folglich darauf an, zu klären, welche Rechtsgeschäfte rechtlich vorteilhaft und deshalb zustimmungsfrei sind:



- 1. Der 19-jährige Evan ist in arger Geldverlegenheit und bietet seinem 17-jährigen Freund Fritz eine geerbte Goldmünze, deren Wert 2.000 EUR beträgt, für 500 EUR an.*
- 2. Onkel Oliver will seinem 15-jährigen Neffen Nico ein mit einem Einfamilienhaus bebautes Grundstück schenken, ohne dass dies die Eltern des Nico erfahren sollen. Das Grundstück ist mit einer Hypothek belastet; außerdem sind Steuern und Abgaben für das Grundstück zu entrichten.*



3. *Die zwölfjährige Anna leiht ihre Uhr, die ihr ihre Eltern geschenkt hatten, ihrem gleichaltrigen Freund Bela. Dieser tauscht mit dem 13-jährigen Carl die Uhr gegen Sammelmarken. Als Anna zufällig die Uhr bei Carl entdeckt, verlangt sie sie heraus. Carl weigert sich und erklärt, die Uhr gehöre jetzt ihm.*



- Durch ein Rechtsgeschäft, das die Rechtsstellung ausschließlich verbessert, erlangt der Minderjährige lediglich einen rechtlichen Vorteil. Das ist nicht der Fall bei einem synallagmatischen Geschäft, weil dem Minderjährigen dadurch auch Verpflichtungen auferlegt werden.
- Hieraus folgt für den **1. Beispielsfall**, dass Fritz die Goldmünze ohne Zustimmung seiner Eltern nicht kaufen kann. Dass dieses Geschäft wirtschaftlich sehr vorteilhaft wäre, muss unberücksichtigt bleiben; denn im Gesetz wird ausdrücklich auf den rechtlichen, nicht auf den wirtschaftlichen Vorteil abgestellt.



- Deshalb scheint auch im **2. Beispielsfall** die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters erforderlich zu sein, weil Nico als Eigentümer des ihm von Oliver geschenkten Grundstücks zur Zahlung von Steuern und Abgaben verpflichtet ist. Andererseits darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass durch den Schenkungsvertrag nur die einseitige Verpflichtung des Schuldners, also hier Oliver, festgelegt wird, das Vermögen des Beschenkten unentgeltlich zu bereichern (§ 516 1). **Der Schenkungsvertrag ist für den Beschenkten somit geradezu das Schulbeispiel eines rechtlich vorteilhaften Geschäfts.**



- Die Frage, ob die Übereignung eines Grundstücks an einen Minderjährigen wegen der damit verbundenen Pflicht zur Tragung öffentlicher Lasten als rechtlich nachteilig angesehen werden muss, ist mit der hM zu verneinen.
- Nach anderer Auffassung ist im Rahmen des § 107 danach zu fragen, ob ein Rechtsnachteil lediglich eine Schmälerung des Erwerbs darstellt und dann unschädlich ist oder ob er die Gefahr einer Beeinträchtigung des sonstigen Vermögens des Minderjährigen in sich trägt.



- In diese Richtung geht auch die Argumentation des BGH, der in Bezug auf die öffentlichen Lasten eines Grundstücks von einem typischerweise unerheblichen Gefährdungspotential spricht, das nach dem Schutzzweck von § 107 außer Betracht bleiben könne.
- Auch wird der rechtliche Vorteil, der in dem Erwerb des Eigentums an einem Grundstück liegt, nicht dadurch aufgehoben, dass das Grundstück mit einer Hypothek belastet ist. Eine Hypothek gibt dem Hypothekengläubiger nur das Recht, wegen einer ihm zustehenden Forderung Befriedigung aus dem Grundstück zu suchen.



- Deshalb betrachtet die hM bei der Schenkung eines durch Hypothek oder Grundschuld belasteten Grundstücks diese Belastung zu Recht lediglich als Minderung des Werts des unentgeltlich Zugewendeten und nicht als eine selbstständige Verpflichtung des Eigentümers.
- Im **2. Beispielsfall** erhält der Neffe durch die Schenkung des Grundstücks trotz der darauf ruhenden öffentlichen Lasten und der Hypothek allein einen rechtlichen Vorteil, sodass das Geschäft nicht zustimmungsbedürftig ist.





- Im **3. Beispielsfall** geht es um eine Leihe, also einen unvollkommen zweiseitigen Vertrag. Das Geschäft ist nicht nur für den Verleiher, sondern auch für den Entleiher mit Pflichten verbunden und deshalb **für beide zustimmungsbedürftig**.
- Das gleiche gilt im Beispielsfall für den Tauschvertrag „Uhr gegen Sammelmarken“, bei dem es sich um einen synallagmatischen Vertrag handelt, der beiden Vertragspartnern rechtliche Pflichten auferlegt, sodass es keine Zweifel an der Zustimmungsbefähigung dieses Rechtsgeschäfts geben kann. Beide Verpflichtungsgeschäfte sind folglich schwebend unwirksam.



- Zu prüfen ist noch, ob im 3. Beispielsfall das Verfügungsgeschäft, die Übertragung des Eigentums an der Uhr, ohne Zustimmung wirksam ist. Klar erscheint, dass die Eltern von Carl nicht zustimmen müssen, denn für diesen erweist sich der Erwerb des Eigentums an der Uhr als lediglich rechtlich vorteilhaft iSv § 107. Womöglich müssen aber die Eltern des Bela zustimmen. Dies wäre sicher der Fall, wenn Bela Eigentümer der Uhr gewesen wäre; denn dann hätte er durch den Verlust seines Eigentums einen rechtlichen Nachteil erlitten. Die Uhr gehörte aber Anna, die sie dem Bela nur geliehen hatte.



- Eigentum kann auch von einem Nichteigentümer übertragen werden, wenn der Erwerber ohne grobe Fahrlässigkeit den Nichtberechtigten für den Eigentümer hält (vgl. §§ 929, 932, 935).
- Die Voraussetzungen des gutgläubigen Erwerbs vom Nichtberechtigten sind hier erfüllt, wenn man davon ausgeht, dass Carl glaubte, die Uhr gehöre Bela. Durch die Verfügung als solche hat Bela keinen Vermögensnachteil erlitten, weil ja nicht er, sondern Anna Eigentümerin der Uhr war und er somit durch die Übereignung auch kein Eigentum verlieren konnte.



- Es handelt sich bei dieser Übereignung deshalb um ein rechtlich neutrales Geschäft, weil es für ihn weder rechtlich vorteilhaft noch rechtlich nachteilig ist.
- Nach dem Wortlaut des § 107, der auf einen „rechtlichen Vorteil“ abstellt, müssten neutrale Geschäfte zustimmungsbedürftig sein. § 107 ist aber entsprechend dem von ihm verfolgten Zweck, den Minderjährigen vor nachteiligen Folgen eines rechtsgeschäftlichen Handelns zu schützen, dahingehend teleologisch zu reduzieren, dass rechtlich neutrale Geschäfte zustimmungsfrei bleiben.

- Im 3. Beispielsfall hat Carl also ohne Zustimmung der Eltern des Bela Eigentum erworben. Er kann sich daher gegenüber Anna auf sein Eigentum berufen.
- **Dieses Ergebnis ist frappierend:** Wäre die Rechtslage so, wie Carl glaubte, wäre also Bela Eigentümer der Uhr gewesen, hätte Carl kein Eigentum erwerben können, weil dann die Übereignung für Bela ein zustimmungsbedürftiges Rechtsgeschäft gewesen wäre. Hier hat also gerade deshalb die Übereignung für Carl Erfolg, weil Bela Nichtberechtigter war.

- Musielak/Hau, Grundkurs BGB, Seiten 111 – 134.